Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Amtsblatt

Postscheckkonto: Leipzig 21308. Girokasse Riesa Nr. 52.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

№ 17. Donnerstag, 22. Januar 1920, abends. 73. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 2.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Postschalter monatlich 2.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (7 Silben) 60 Pf., Ortspreis 50 Pf.; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 20 Pf. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Butter, Margarine und Kunstspeisefett betr.

1. Abschnitt 1, gültig vom 26. I.—1. II., darf in den Orten **Großenhain, Riesa, Gröba, Merzdorf, Pochra** und **Weida nur mit einem Achtel Stückchen Butter** beliefert werden.

2. In den vorgenannten 6 Orten erhalten die **Versorgungsberechtigten** (Selbstversorger **nicht**) **gleichzeitig** noch **50 gr Margarine.**

3. In **allen** übrigen Orten darf an die **Versorgungsberechtigten** vom 26. I. bis 1. II. **ein Viertel Stückchen Butter** abgegeben werden.

Gleichzeitig darf an die Versorgungsberechtigten und die Selbstversorger in diesen Gemeinden als **Sonderverteilung 30 gr Kunstspeisefett** zum Preise von 34 Pfg. abgegeben werden. Den Selbstversorgern ist Abschnitt 8 der Zusatzspeisefettkarte abzunehmen und hierher unter Angabe der Zahl mit einzusenden.

4. Die **Betriebsmarken** für Bäcker und Gastwirte sind in Zukunft **nur mit Margarine** in der **aufgedruckten Menge** zu beliefern.

Großenhain, am 21. Januar 1920.

181 d IV. **Der Kommunalverband.**

Auf Blatt 229 des hiesigen Handelsregisters, die Firma **Gebrüder Deßvang in Riesa** betr., ist heute eingetragen worden: Die Inhaberin **Hermine Minna verw. Deßvang geb. Lindner** ist ausgeschieden. Inhaber sind

a) der Kaufmann **Harry van Vught** und
b) der Kaufmann **William van Vught**, beide in Riesa.

Die Gesellschaft ist am 1. Januar 1920 errichtet worden.

Amtsgericht Riesa, den 19. Januar 1920.

Nutzholzversteigerung

auf den Staatsforstrevieren **Wermsdorf** und **Hubertusburg.**

Die für Dienstag, den 27. Januar, in Wermsdorf und
Mittwoch, „ 28. „ „ Mahlis
angekündigten Versteigerungen werden auf **einen Tag** vereinigt, und zwar auf
Dienstag, den 27. Januar, vorm. ½10 Uhr
im Gasthof **„zum roten Ochsen"** in **Wermsdorf.**

Forstrevierverwaltungen Wermsdorf und Hubertusburg.
Forstrentamt Grimma.

Ankunft der ersten Kriegsgefangenenzüge aus Frankreich.

wtb. **Berlin**, 21. Januar.

Morgens gegen 6 Uhr traf der erste Zug mit 1000 deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich in Herbesthal ein. Ihm folgte nach kurzem ein zweiter Zug mit 1000 Kriegsgefangenen; ein dritter ist im Anrollen und wird vier Stunden später erwartet. Der erste Zug kam aus Lille, der zweite aus Noyon, der dritte kommt aus Albert. Morgen bringen 12 Züge Gefangene aus verschiedenen Lagern Ostfrankreichs. Der „B. Z." zufolge fand nur ein stiller Empfang statt durch freundliche Helferinnen des Roten Kreuzes. Die französischen Besatzungsbehörden hatten jeden offiziellen Empfang verboten.

Die Verbote von Zeitungen.

Amtlich wird aus Berlin gemeldet: Die von den Zeitungsverlegern nachgesuchte Besprechung bei dem Herrn Reichskanzler fand heute statt, und zwar nahmen an ihr auch der Reichswehrminister, der Reichsminister des Innern sowie ein Vertreter des Reichsjustizministeriums sowie der Pressechef der Reichskanzlei teil. Die Verleger trugen die bereits in ihrer Entschließung zusammengefaßten Wünsche vor, in der sie sich gegen die jetzige Praxis der Verbote von Zeitungen und Lahmlegung der Betriebe wandten. Sobald Zeitungsverbote unerläßlich erscheinen, sollten sie nicht ohne Befristung und ohne Begründung erfolgen. Außerdem erscheine unbedingt erforderlich die Schaffung einer Instanz zur Nachprüfung der die Pressefreiheit einschränkenden Maßnahmen. Der Reichskanzler sowohl wie der Reichswehrminister gaben eine Darstellung über den Ernst der gegenwärtigen Lage und ließen keinen Zweifel daran, daß sie, um im allgemeinen vaterländischen Interesse der Lage Herr zu bleiben, weitgehende Machtmittel für sich in Anspruch nehmen müßten und auf die Anwendung des nach Art. 48 der Reichsverfassung zu verhängenden Ausnahmezustandes nicht verzichten könnten. Sie müßten die Möglichkeit behalten, gegen Zeitungen, die ohne Rücksicht auf das allgemeine Wohl in offener oder versteckter Weise zur Verwüstung und Vernichtung des deutschen Wirtschaftslebens aufreizten, nachdrücklich vorzugehen. Dagegen wäre die Regierung bereit, im Interesse der gesamten Presse und des Zeitungsgewerbes den vorgetragenen Wünschen entgegenzukommen, den Zeitungsverboten in Zukunft eine Begründung sofort mitzugeben oder unmittelbar folgen zu lassen. Inwieweit eine Befristung der Verbote stattfinden könne, müßte der Erwägung noch vorbehalten bleiben. Außerdem solle das Reichsjustizministerium sofort eine Verordnung ausarbeiten, auf grund deren eine Kommission — gedacht ist an einen Ausschuß der Nationalversammlung — eingesetzt wird. Dieser Kommission soll das Recht einer Beschwerdeinstanz gegenüber den behördlichen Anordnungen gegeben werden. Die Regierungsvertreter und Verleger gaben der Hoffnung Ausdruck, daß auf grund dieser Verständigung ein Zustand geschaffen werde, der den gegenwärtig bestehenden Schwierigkeiten und auch dem allgemeinen Rechtsbewußtsein entspreche.

*

Versammlungen gegen die Knebelung der unabhängigen Presse.

Eine stark besuchte Versammlung der Angehörigen des graphischen Gewerbes in Halle nahm Stellung zu dem Verbot des unabhängigen „Volksblattes" und der damit verbundenen wirtschaftlichen Schädigung der Arbeiterschaft. Nach vierstündiger erregter Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, in der Protest gegen die planmäßigen Verbote unabhängiger Zeitungen erhoben wurde. Es wurde die sofortige Aufhebung der Verbote gefordert. Die Versammlung beschloß mit Mehrheit, auch **die bürgerlichen Zeitungen sofort stillzulegen**, doch will man erst die Entscheidungen der Berliner und Leipziger Versammlungen, die gestern hierüber beschließen sollten, abwarten und sich mit den dort gefaßten Beschlüssen solidarisch erklären. Die Minderheit gab die Erklärung ab, daß sie dem Beschluß sich nicht fügen werde, sondern daß darüber eine geheime Buchdruckerversammlung entscheiden solle, da die Hilfsarbeiter in der Versammlung die Drahtzieher der ganzen Bewegung waren. Wie weiter gemeldet wird, sind gestern auch noch die „Merseburger Arbeiterzeitung" und das in Eisleben erscheinende „Mansfelder Volksblatt", beides unabhängige Organe, verboten worden. Bisher sollen etwa 88 unabhängige Zeitungen verboten worden sein.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Der Abbau der Erwerbslosenfürsorge. Der Reichsarbeitsminister hat am 15. Januar eine Verordnung erlassen, nach der vom 1. Februar ab nur noch Arbeitslosenunterstützung gewährt werden soll für solche Erwerbslose, die an ihrem Wohnort vom 1. August 1914 keine Beschäftigung finden. An anderen Orten darf die Erwerbslosenfürsorge nicht länger als vier Wochen gewährt werden. Auch beginnt sie erst für Sechszehnjährige und nicht mehr wie bisher für Vierzehnjährige. Ausländer erhalten sie nur bei verbürgter Gegenseitigkeit ihres Heimatstaates. Die Fürsorgeausschüsse sollen unter Hinzuziehung von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit den Arbeitsnachweisen darauf hinwirken, daß den unterstützten Erwerbslosen schleunigst geeignete Arbeit vermittelt wird. Es wäre außerordentlich wünschenswert, wenn auf diese Weise das wirtschaftliche Uebel der „modernen" Erwerbslosenfürsorge von seinen häßlichen Nebenerscheinungen befreit und wieder zu der unentbehrlichen sozialen Wohlfahrtseinrichtung gemacht würde, die sie von vornherein sein sollte.

Das Urteil im Prozeß Ferchlandt. Aus Halle wird gemeldet: Im Prozeß gegen den ehemaligen Militärbevollmächtigten des Halleschen Soldatenrates Leutnant d. R. Friedrich Ferchlandt wurde gestern vormittag nach 14-tägiger Verhandlungsdauer das Urteil gefällt. Es lautet wegen Mißbrauches der Dienstgewalt und Ungehorsam in zwei Fällen, Unterschlagung in Tateinheit mit vorsätzlicher Nötigung eines Untergebenen, Freiheitsberaubung, Bildung eines bewaffneten Haufens in Tateinheit mit Ungehorsam auf fünf Jahre Gefängnis und Dienstentlassung. Auf das erkannte Strafmaß werden sechs Monate Untersuchungshaft als verbüßt in Anrechnung gebracht.

Keine Zerstörungen durch deutsche Truppen in Thorn. Die Nachricht der „Times" aus Warschau, daß in Thorn eine Kaserne und andere militärische Anlagen durch deutsche Truppen vor dem Abzuge zerstört worden seien, entspricht in keiner Weise den Tatsachen. Der Abzug der deutschen Truppen hat sich in Ruhe und Ordnung vollzogen.

Wieder ein Zeitungsverbot. Der Stationschef in Kiel hat als Inhaber der vollziehenden Gewalt das Erscheinen der Kieler Zeitung „Republik" der Unabhängigen bis auf weiteres verboten, und zwar wegen der verhetzenden, den Tatsachen nicht entsprechenden Darstellung der Vorgänge in Berlin am 13. dieses Monats.

Verhaftung eines Kommunistenführers. Der Kommunistenführer Dr. Levi, der vorgestern abend in Bremen in einer von der kommunistischen Partei einberufenen Volksversammlung sprach, wurde gestern verhaftet. Dr. Levi machte beim Erscheinen der Beamten zunächst den Versuch, zu entkommen, wurde aber auf dem Dache des Hauses gestellt und festgenommen. Wie verlautet, hängt die Verhaftung mit den letzten Demonstrationsvorgängen in Berlin zusammen.

Die großen Schwierigkeiten im Eisenbahnverkehr liegen in erster Linie an dem Mangel betriebsfähiger Lokomotiven. Ihre Zahl betrug bis zum Herbst 1919 13200, ist aber dann allmählich ständig herabgegangen. Zur Zeit sind nur noch 12700 betriebsfähige Lokomotiven vorhanden. Die Verschlechterung ist aber tatsächlich noch viel ärger als in diesen beiden Zahlen zum Ausdruck kommt, denn seit April 1919 sind 1161 neue Lokomotiven in Dienst gestellt worden. Außerdem sind 599 schadhafte Lokomotiven in Privatwerken ausgebessert und dem Betriebsdienst zugeführt worden. Die starke Verminderung der Zahl der betriebsfähigen Lokomotiven ist lediglich auf einen bedenklichen Rückgang der Arbeitsleistung in den Werkstätten der Eisenbahnverwaltung zurückzuführen. Statt der erhofften Besserung, sind die Leistungen immer mehr zurückgegangen, obwohl gerade in den letzten Monaten die Privatindustrie durch Lieferung zahlreicher Ersatzteile und von 258 einbaufertigen Kesseln die Arbeit der Eisenbahnwerkstätten wirksam unterstützt hat. Im Jahre 1919 brachten die Werkstätten bis zum Oktober wöchentlich etwa 750 ausgebesserte Lokomotiven wieder in den Betrieb. Diese Zahl ist jetzt auf 540, also um fast ein Drittel gesunken. Wenn es nicht gelingt, die Arbeitsleistung der Eisenbahnwerkstätten in kürzester Zeit ganz besonders zu erhöhen, wird die Aufrechterhaltung des Betriebes auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen.

Vom Zentrumsparteitag in Berlin. Der überaus schwache Besuch der Vormittagssitzung am Mittwoch konnte glauben machen, daß die Parteiorganisation des Zentrums und ihr Ausbau der großen Mehrheit der Delegierten kein Kopfzerbrechen verursacht, weil die Zuverlässigkeit dieser Organisation sich in so mancher Wahlschlacht bewährt. Tatsächlich gelangten in der Aussprache über die Organisationsfragen aber doch mancherlei Sorgen und Wünsche zum Ausdruck. So unter Hinweis auf die ungenügende Ueberzeugungskraft des Parteiprogramms, wenn man sich die schwungvolle Agitation der Deutschnationalen vor Augen halte. Ferner wurden der politischen Heranbildung der akademischen Jugend bemerkenswerte Gedankengänge gewidmet, ein innigeres Vertrauensverhältnis der Partei zur Parteipresse verlangt und die Bestellung eines besonderen Ausschusses als erwünscht bezeichnet, mit der Obliegenheit, die Heranbildung fertiger parlamentarischer Führer zu pflegen, die befähigt wären, gegebenenfalls in höhere Regierungsposten einzurücken. Etliche Parteisekretäre brachten Klagen vor über mangelnde Würdigung ihrer gesellschaftlichen und sozialen Stellung in der Partei. Es wurde ihnen aber vom Referenten Dr. Brauns bedeutet, daß das Parteisekretariat keine Vorstufe sein dürfe zum parlamentarischen Mandat. In der Nachmittagssitzung wurde die Stellung der Frau in der Zentrumspartei erörtert, im Anschluß an das wohlgegliederte Referat von Frau Dransfeld.

Die großdeutschen Kundgebungen im westpreußischen Abstimmungsgebiete haben vorgestern unter riesiger Beteiligung in den vier Kreisen Marienburg, Marienwerder, Stuhm und Rosenberg stattgefunden und einen eindrucksvollen Verlauf genommen. Alle Versammlungsräume waren überfüllt. Es sprachen Redner aller in den Arbeitsgemeinschaften vereinigten politischen Parteien. In den Versammlungen in Marienburg wurden Entschließungen angenommen, die folgenden übereinstimmenden Wortlaut haben: Mehrere tausend Männer und Frauen, die heute in der alten Ordensstadt versammelt sind, geloben nach Inkrafttreten des Friedensvertrages noch einmal feierlich gleich ihren Vorfahren treues und einmütiges Festhalten am Deutschtum. Das westpreußische Abstimmungsgebiet ist urdeutscher Boden, durch deutsche Männer besiedelt und durch deutschen Fleiß, deutsche Tätigkeit und deutschen Ordnungssinn zu einer glänzenden kulturellen und wirtschaftlichen Entwickelung gebracht worden. Dieses urdeutsche Land, an dem wir mit jeder Faser unseres Herzens hängen, wollen wir dem deutschen Vaterlande erhalten. Westpreußen ist eine Stätte deutscher Kulturarbeit. Die durch die Arbeit unserer Väter erworbenen Rechte können nicht erlöschen. Wir waren deutsch, sind deutsch und wollen deutsch bleiben. Gott schütze Westpreußen. Entschließungen gleichen Inhalts sind auch in den übrigen Orten angenommen worden.

Das Gerichtsverfahren gegen Wilhelm II. Eine zweite Note der Alliierten an Holland teilt mit, daß das Mandat zur Uebernahme des zur Auslieferung angeforderten früheren Kaisers Wilhelm an England übertragen worden ist. Der „Temps" meldet aus London: Das Gerichtsverfahren gegen Wilhelm II. findet, auch wenn der Kaiser zunächst nicht ausgeliefert werden sollte, in der letzten Februarwoche in London statt. Der Kronanwalt beim Obersten Gerichtshof ist von den Alliierten mit der Formulierung und Durchführung der Anklage gegen den Kaiser beauftragt. „Havas" meldet, daß eine Note der Alliierten an Deutschland unmittelbar vor der Absendung stehe, welche die Unterstützung der deutschen Regierung bei Holland in der Forderung der Auslieferung des Kaisers beansprucht.

Ziele und Aufgaben des Deutschen See-Vereins. Der Deutsche See-Verein ist, was noch nicht überall bekannt zu sein scheint, aus dem Deutschen Flotten-Verein hervorgegangen. Dem letzteren haben es der unglückliche Kriegsausgang und dessen schwere Folgen unmöglich gemacht, sein bisheriges Ziel, die Schaffung einer starken deutschen Flotte, weiter zu verfolgen. Er hat sich daher als „Deutscher See-Verein" ein neues Ziel gesteckt und will in Zukunft seine Kräfte überall dort einsetzen, wo es gilt, den Wiederaufbau einer eigenen deutschen Handelsflotte, den Seehandel, die überseeische Tätigkeit der Deutschen, die Seefischerei zu fördern. So lange es keine deutsche Schiffahrt gibt, die unsere Ein- und Ausfuhr bewerkstelligt, so lange der größte Teil unserer Fischnahrung im Ausland gekauft werden muß und so lange es deutschen Kaufleuten nicht möglich ist, sich über See zu betätigen, wird das deutsche Volk seinen Gegnern in doppelter Weise tributpflichtig bleiben, erstens durch die im Friedensvertrage ihm auferlegten Leistungen, zweitens aber dadurch, daß es für alle Güter, die es über See bezieht oder versendet, für alle eingeführten Lebensmittel und Rohstoffe, für alle ausgeführten Erzeugnisse seines Gewerbefleißes ausländische Reeder u. Kaufleute in Anspruch nehmen und bezahlen muß. Daher ist es von ganz ungeheurer Wichtigkeit, sobald wie irgend möglich wieder ein eigenes deutsches Seewesen aufzubauen. Daran im Verein mit den Schiffahrtskreisen mitzuwirken hat sich der deutsche See-Verein zum Ziel gesetzt. Die See wieder mit deutschen Schiffen zu beleben, die deutschen Farben wieder auf allen Weltmeeren und an allen Küsten zu Ehren zu bringen, die deutschen Kulturpioniere in fernen Ländern zu einem neuen, fruchtbaren Wirkungsfelde zu verhelfen, das soll seine künftige Aufgabe sein. In der Erfüllung dieser Aufgabe sollen sich alle deutschen Männer und deutschen Frauen ohne Unterschied der Partei zusammenfinden zu gemeinsamer Arbeit für das Wohl des Vaterlandes, indem sie Mitglieder des Deutschen See-Vereins werden.

Italien.

Beendeter Streik. Wie die Mailänder Blätter melden, ist der Streik der Post-, Telegraphen- und Telephonangestellten beendet.